

Dieser Preistreiber gefährdet das Versprechen vom billigen Öko-Strom

Welt, 09.08.2023, Daniel Wetzel

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus246754792/Windkraft-Dieser-Preistreiber-gefaehrdet-das-Versprechen-vom-billigen-Oekostrom.html?cid=socialmedia.twitter.shared.web>

Der Platz in Deutschland ist knapp. Windkraft-Planer müssen hierzulande immer höhere Bodenpreise bezahlen. Eigentlich sollte Windkraft der Billigmacher am Energiemarkt werden – doch steigen die Kosten der Windkraft weiter, zahlt der Verbraucher mit.

Deutschlands teuerster Grund und Boden? Bislang hatten Immobilienentwickler da vielleicht an die Düsseldorfer Flaniermeile „Kö“ gedacht oder an Münchens Kaufingerstraße. Doch in Zukunft wird man wohl einen zugigen, waldigen Taunuskamm in Betracht ziehen müssen: Der Windkraftentwickler Abo Wind aus Wiesbaden ist bereit, am hessischen Winterstein einem Grundstückseigner für einen rund 20 mal 20 Meter großen Stellplatz 450.000 Euro Pacht zu zahlen – pro Jahr und Windrad.

Zwölf Stück sind insgesamt in dem Windpark geplant, sodass eine Pachtsumme von 5,4 Millionen Euro zusammenkäme. Daneben verblissen selbst die Renditeerwartungen von Luxusimmobilien.

Auf Nachfrage will Abo Wind die Zahl weder bestätigen noch dementieren. In den Kommunen vor Ort ist der erwartete Geldsegen jedoch aktuell Beschlussgrundlage für die Auswahl des Pächters: Die Summe wird in den Gremien erfreut offen genannt und von der Frankfurter Regionalpresse ohne Widerspruch zitiert.

„Es ist generell so, dass das Pachtniveau immer weiter steigt“, sagt Alexander Koffka, Mitglied der Geschäftsführung von Abo Wind auf Nachfrage. Im Falle des geplanten Windparks Winterstein spreche man „über eine Höhe, die schon schwierig ist“.

Heikel ist die Entwicklung der Pachtentgelte vor allem aus einem Grund: Windenergie soll eigentlich der Billigmacher am Energiemarkt werden. Die im Aufbau befindliche Wasserstoffindustrie ist auf preiswerten Ökostrom für ihre Elektrolyseanlagen angewiesen.

Windkraft wird teurer statt günstiger

Und nicht nur private Verbraucher wollen endlich die Früchte der bislang teuren Energiewende ernten – für die Industrie ist bezahlbarer Strom geradezu existenziell. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hatte den notleidenden Betrieben einen subventionierten „Brückenstrompreis“ von sechs Cent pro Kilowattstunde in Aussicht gestellt, diesen aber mit dem Ablaufdatum 2030 versehen.

Dann würden die erneuerbaren Energien der Industrie ohnehin Elektrizität zu wettbewerbsfähigen Preisen liefern. Doch steigen Pachten und andere Kosten der Windkraft weiter, dürfte das Versprechen nur schwer einzulösen sein.

Zuletzt ging der Trend jedenfalls in die entgegengesetzte Richtung: Die Bundesnetzagentur erhöhte zum Jahreswechsel die maximal erlaubte Höhe für Windstromsubventionen um 25 Prozent auf nun 7,35 Cent pro Kilowattstunde. Windstrom wird also erst mal teurer, nicht billiger.

Die Investoren bräuchten mehr Geld, weil die Rohstoff- und Energiepreise den Bau von Windrädern kostspieliger machten und das Zinsniveau die Kapitalaufwendungen nach oben treibe, lautete die Begründung. Doch nötig wurde der Aufschlag auch, weil die Windparkprojektierer immer größere Summen als Pacht an die Grundstückseigner zahlen müssen.

Das Entgelt vom Winterstein ist dabei wohl ein krasser Ausreißer. Der unabhängige Windkraftexperte Max Wendt aus Brandenburg, der Kommunen und Landwirte deutschlandweit in ihren Verhandlungen mit Investoren berät, hält je nach Standortqualität und Anlagenzahl eher Pachten zwischen rund 70.000 und 150.000 Euro pro Jahr für markttypisch.

Der mehr als dreimal so hohe Wert, der vom Winterstein gemeldet wird, sei „jenseits von Gut und Böse – und wohl eine gefährliche Spekulation auf den Best Case“.

Künftig zahlt der Kunde mit

Abo-Wind-Sprecher Koffka betont, dass der geplante Windpark dennoch wirtschaftlich sein werde. Grund: Mit zwölf Windrädern handele es sich um ein für Süddeutschland recht großes Projekt mit hohen Größenvorteilen im Einkauf.

Weil das Baugelände nahe an der Autobahn liege, seien auch die Infrastrukturkosten gering. Man zahle die hohe Pacht nicht gern, betont Koffka. Schließlich schmälere das den eigenen Gewinn, wenn der Windpark nach Fertigstellung weiterverkauft werde. Ohne ein entsprechend hohes Gebot wäre man im Ausschreibungsverfahren um die Flächen aber nicht zum Zuge gekommen.

Bislang werden die Mehrkosten des Windstroms noch aus dem Bundeshaushalt bezahlt. Doch in einigen Jahren soll die sogenannte EEG-Umlage komplett abgeschafft werden. Die Wind- und Solarenergieproduzenten sollen sich dann am normalen Strommarkt finanzieren.

Das heißt: Die hohen Pachtentgelte müssen bald vom Verbraucher mitbezahlt werden. Ein Rückschlag für alle, die auf eine rasch einsetzende, billige Ökostromschwemme hoffen.

Aus Sicht des Bundesverbands Windenergie (BWE) schafft der „starke Flächenwettbewerb eine Einseitigkeit zugunsten von Land- und Forsteigentümern“. Die Risiken blieben einzig bei den Windparkgesellchaftern hängen. „Außerdem steigen die Kosten für Stromkonsumierende, da die sehr hohen Flächenkosten in den Ausschreibungen zu berücksichtigen sind“, kritisiert der BWE die Entwicklung in einem Positionspapier.

Der Lobbyverband hatte deshalb im vergangenen Jahr eine rechtliche „Pachthöhenbegrenzung“ vorgeschlagen. Für Windräder solle maximal das 45-Fache der mittleren Pachthöhe für landwirtschaftlich genutzte Fläche verlangt werden dürfen – zusätzlich zu einer laufenden Einnahme aus dem Stromverkauf.

Neue Hoffnung für den ländlichen Raum

Doch die Landwirte leisten Widerstand: „Einen staatlichen Pachtpreisdeckel für Windparks sehen wir kritisch“, sagte der Generalsekretär des Deutschen Bauernverbands, Bernhard Krüsken, WELT AM SONNTAG: „Offenbar haben sich viele Projekteure von Windparks mit ihren teils aggressiven Akquisemethoden übernommen und rufen nun nach staatlicher Regulierung.“ An Pachtpreisen, so Krüsken, „ist bisher noch kein Projekt gescheitert“.

Der Bauernverband reagiert so empfindlich, weil viele Agrarbetriebe ihre Existenz nur noch durch die Verpachtung von Windkraft- und Solarflächen sichern können. Drohte der ländliche Raum zuletzt durch Wegzug zu veröden, gibt es dank des Geldes der Ökostromer nun in vielen Dörfern wieder Hoffnungen auf wirtschaftliche und kulturelle Belebung.

Nach einer gesetzlichen Kann-Vorschrift sagen Windkraftprojektierer in aller Regel zu, die umliegenden Kommunen mit 0,2 Cent pro Kilowattstunde am Ertrag der Windkraft zu beteiligen.

Hinzu kommen noch die Pachteinnahmen: Eine große Windturbine mit einer Leistung von sieben Megawatt, wie sie am Winterstein geplant ist, könne überschlägig rund 20 Millionen Kilowattstunden pro Jahr produzieren, sagt Berater Wendt.

Dank EEG-Vergütung plus Korrekturfaktor ergibt sich eine Vergütung von etwa acht Cent pro Kilowattstunde, woraus ein Umsatz von rund 1,6 Millionen Euro pro Windrad und Jahr resultiert. Abzüglich der Kosten für Versicherung, Direktvermarktung, Wartung, Steuern und des Kapitaldienstes an die finanzierende Bank verbleibe normalerweise ein Jahresgewinn von vielleicht 500.000 oder 600.000 Euro pro Windrad.

Nach dieser groben Rechnung konnten Grundstückseigner in so einem Fall bisher eher mit einer Pachtforderung von rund 150.000 Euro pro Windrad in die Verhandlungen gehen.

Öffentliche Hand verlangt oft hohe Pacht

„Bei der Pachtzahlung, wie sie zuletzt in Winterstein bezuschlagt wurde, würde der Betreiber nur einen kleinen und in einem schlechten Windjahr gar keinen Gewinn mehr erzielen“, glaubt Berater Wendt. „Die Motivation, eine solche strategische Entscheidung dennoch zu treffen, ist einzig mit der geringen Flächenverfügbarkeit in Deutschland zu begründen und der Hoffnung auf ein weiterhin positives Marktumfeld.“

Dabei sind es meist nicht Landwirte, die extrem hohe Summen fordern, sondern die öffentliche Hand: Der Taunuskamm etwa, auf dem der Windpark Winterstein gebaut werden soll, gehört der landeseigenen Gesellschaft Hessen Forst.

Diese schreibt die Windflächen öffentlich aus – und treibt so nicht nur die Einnahmen für den Landeshaushalt in die Höhe, sondern auch die Kosten des Windstroms. Letzteres passt nicht recht zu den Klimaschutzbekenntnissen der Landesregierung. Die Pachten, die Hessen Forst aushandelt, bekommen dann auch die anliegenden Kommunen.

Der Windparkprojektierer Abo Wind ist auf die Landesregierung deshalb nicht gut zu sprechen: „Hessen Forst stellt die Flächen immer nur scheinbar zur Verfügung und sorgt damit für anhaltende Knappheiten“, kritisiert Firmensprecher Koffka. Die Akteure müssten „dem Mangelgut hinterherlaufen – und am Ende zahlt es der Stromkunde“.

Eine Sprecherin der hessischen Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Priska Hinz (Grüne), verweist darauf, dass laut Landeshaushaltsordnung auf preistreibende Bieterverfahren nicht verzichtet werden könne.

„Die Pachtpreise, die am Ende erzielt werden, sind das Ergebnis einer Auswahl unter einer Vielzahl von Betreiberangeboten“, erklärt sie: „Sie können demnach als marktüblich bezeichnet werden und sind im Verhältnis zu vergleichbaren Ausbietungsergebnissen nicht außergewöhnlich hoch.“

Hoffnung auf zusätzliche Flächen

Der Geschäftsführer des Bundesverbandes Windenergie, Wolfram Axthelm, sieht jedoch nicht die Landwirte, sondern die staatlichen Grundeigentümer wie die Staatsforsten der Länder sowie die Bodenverwertungs- und Verwaltungs GmbH (BVVG) als die eigentlichen „Preistreiber“. Denen säßen bei ihren Ausschreibungen „immer die Finanzminister im Nacken“.

Das Ziel auf eine rechtliche Pachthöhen-Grenze hat Axthelm inzwischen aufgegeben. Jetzt baut der Windlobbyist darauf, dass Änderungen im Baugesetzbuch und eine kommunale Öffnungsklausel bewirken, dass demnächst mehr Flächen für Windkraft zur Verfügung gestellt werden. Dann, hofft der Windkraft-Lobbyist, sei „auch bei den Pachten eine Beruhigung zu erwarten.“